

**Kreisdelegiertenkonferenz  
Esslingen-Zell  
Samstag, 16. Juni 2007**

**Beitrag von Bernd Köster, Esslingen**

---

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

**bei Grundsatzprogrammen ist es ja immer so eine Sache. Da steht viel drin. Viel Wünschenswertes manch Utopisches, sicher auch Überflüssiges.**

**Grundsatzprogramme der SPD haben seit jeher für viele Diskussionen und Kontroversen, auch weit über die Grenzen unserer Partei hinaus, gesorgt, was m. E. nicht immer zum Schaden der Sozialdemokratie, sondern eher zu deren Weiterentwicklung beitrug.**

**Ich möchte mich heute aufgrund der Kürze der Zeit auf ein Thema beschränken, das mir in der aktuellen Programmdebatte besonders wichtig ist:**

### **Dem vorsorgenden Sozialstaat**

Ein wichtiges Leitbild im neuen Grundsatzprogramm der SPD stellt der vorsorgende Sozialstaat dar. Mit ihm sollen aktivierende, präventive und investive Ziele des Sozialstaates verfolgt werden.

Er soll für Chancengleichheit vom frühesten Kindesalter an sorgen.

Er soll Antwort geben auf die demografische Entwicklung und insbesondere Unterstützung für junge Familien bieten.

Klingt ja zunächst mal nicht schlecht, Genossinnen und Genossen.

Wo hat der Begriff seinen Ursprung?

„Was *links* ist, darf nicht ideologisch einengen“ und „Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln“ – mit solchen plakativen Aussagen wurde 1999 im so genannten „Schröder-Blair-Papier“ die Politik des Dritten Weges und der Neuen Mitte propagiert.

Der britische Soziologe Anthony Giddens gilt als Vordenker von New Labour und als Vater des Dritten Weges. Er hat damit auch Gerhard Schröders Theorie der Neuen Mitte mit beeinflusst. Er vertritt die These, dass die Sozialdemokratie etwas Neues suchen müsse, etwas, was jenseits vom Neoliberalismus und einer Nachkriegssozialdemokratie liegt. Grundlage seiner Forderung ist die Annahme, dass durch Übernahme einzelner Teile des

neoliberalen Modells der Neoliberalismus im Gesamten verhindert werden könne.

Die Risikoverlagerung vom Einzelnen auf den Staat oder die Gesellschaft würde verhindern, so Giddens, dass Menschen dem Risiko positive Aspekte abgewinnen könnten und Risiken eingingen, um ihr Leben zu verbessern. Genossinnen und Genossen, soll man nun dem Risiko, an Krebs erkranken zu können, etwas Positives abgewinnen?

Der Gesellschaftswissenschaftler Prof. Wolfgang Schroeder spricht im Zusammenhang mit dem vorsorgenden Sozialstaat von einem Konzept, das durch den Ausbau von Prävention und Infrastruktur Nachsorge reduziere. Zu deutsch: Vorsorge oder Nachsorge – beides haut nicht hin!

Die Leitidee des vorsorgenden Sozialstaates soll demnach im neuen Grundsatzprogramm der SPD den Fokus auf die Vorsorge legen, die im Spannungsfeld zwischen staatlicher Unterstützung und individueller Verantwortung angesiedelt ist. Nachsorge ist nicht mehr!

### **Und wie sieht das bisherige Sozialstaatsverständnis der deutschen Sozialdemokratie aus?**

Die SPD hatte stets die Selbstverantwortung des Einzelnen immer im Blick. Keinesfalls wurde den Menschen ein Freifahrtschein zur Abzocke, bzw. zum Abhängen in der sog. sozialen Hängematte ausgestellt. Im Godesberger Programm von 1959 heißt es hierzu: „Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich der Einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann.“ Nachfolgend wird die Verpflichtung zur Pflege der eigenen Gesundheit herausgestellt.

Auch im Berliner Programm von 1989 wird die Eigenverantwortung hervorgehoben:

„Sozialpolitik, die sich darauf beschränkt, eingetretene Schäden zu beheben, ist inhuman und überdies finanziell rasch überfordert. Der wirksamste Schutz geschieht durch Vorbeugung.

Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ (s. dazu Seite 34). Trotzdem wird im Berliner Programm aber auch das Recht auf soziale Sicherheit formuliert, also das Recht, das alle auf einen nachsorgenden Sozialstaat haben.

Das ist nun vorbei. Im Bremer Entwurf ist vom Recht auf soziale Sicherheit nicht mehr die Rede – ein m. E. schwerwiegender Fehler. Das werden uns die Linken dankbar vom Teller ziehen, Genossinnen und Genossen!

Sicherheit wird nur noch als Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben gesehen, nicht mehr aber als Rechtsanspruch auf sozialstaatliche Leistungen im Falle von Bedürftigkeit.

### **Welche Folgen hat der sog. vorsorgende Sozialstaat für die Politik der SPD?**

Im Bremer Entwurf werden durch die einseitige Betonung der Eigenverantwortung und die Abschwächung des Rechtes auf soziale Sicherheit Rechte und Pflichten der bedürftigen Menschen vollkommen neu definiert. Zugrunde liegt das neoliberale Denkmuster, dass derjenige, der sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen möchte, an seiner Situation selbst schuld ist.

Damit übernimmt die SPD den Gedanken von Giddens, der z.B. zum Bezug des Arbeitslosengeldes sagt, dass dies in der Vergangenheit fast ausschließlich als Recht definiert worden sei, nicht aber mit der Pflicht erwerbsfähiger Arbeitsloser nach Arbeit zu suchen.

Seit Agenda 2010 und Hartz IV wird dies mit den Begriffen „Fördern und Fordern“ umschrieben.

Den Gedanken von Giddens konsequent gefolgt, kommen auch Sanktionen für die, die sich an Vorsorge nicht beteiligen, ins Spiel. Das heißt, dass der vorsorgende Sozialstaat bewertet und ggf. diejenigen sanktioniert, die sich nicht an Vorsorge und Prävention beteiligen **können**.

Von den Ideengebern der Leitidee des vorsorgenden Sozialstaates wird gleichzeitig die Senkung von Unternehmenssteuern als Anreiz zu mehr Investition gesehen, werden mehr Steuermittel für die Sozialversicherungssysteme gefordert und wird die Erhebung von Gebühren für staatliche Leistungen als notwendig betrachtet. Wie passt das zusammen? Vor allem auf Basis sozialdemokratischer Politik?

Diese Grundidee von Giddens hat die SPD nach der Wiederwahl 2002 in den so genannten Hartz-Gesetzen konkret umgesetzt. In der allgemeinen Wahrnehmung ist das Fordern viel stärker als das Fördern. Arbeitslose Menschen tragen die Risiken und Restriktionen, individuelle Förderung bleibt dagegen meist ein Schlagwort.

Wenn nun im neuen Grundsatzprogramm der SPD der vorsorgende Sozialstaat ohne die gleichberechtigte Ergänzung des nachsorgenden Sozialstaates als Leitidee ausgerufen wird, liegt die meine Befürchtung nahe, dass die Forderung nach zunächst verstärktem eigenverantwortlichem Handeln zu Lasten des Rechtes nach sozialer Sicherheit geht.

Fazit:

Die Sozialdemokratie hat die Eigenverantwortung der Menschen nie in Frage gestellt, sondern diese stets sogar eingefordert. Sie hat aber bislang das Recht auf soziale Sicherheit nicht an Bedingungen geknüpft. Für uns war immer

eindeutig und unmissverständlich klar, dass der mit den breiteren Schultern mehr leisten kann und soll als jener der schwach daherkommt. Dieses Verständnis von Solidarität kommt im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der SPD nicht mehr zum Tragen.

Insgesamt ist zu befürchten, dass sich die SPD mit der im Bremer Entwurf formulierten Leitidee des vorsorgenden Sozialstaates und den dort ebenfalls von den bisherigen Definitionen distanziert formulierten Ansätzen von Verteilungsgerechtigkeit und demokratischem Sozialismus weiter von ihrem Verständnis als linker Volkspartei entfernt.

Die letztlich entscheidende Frage ist, welche Wählerschichten sie damit dann überhaupt noch erreichen will und kann.

Es ist falsch und in weiten Teilen der Bevölkerung deshalb zurecht nicht vermittelbar, dass „vorsorgend“ gegen „nachsorgend“ ausgespielt werden soll. Kein Sozialdemokrat kann etwas gegen Chancengleichheit von Anfang an haben. Aber ebenso wenig darf ein Sozialdemokrat dagegen sein, Menschen in unserer Gesellschaft zu helfen, die dieser Hilfe, dieser Solidarität bedürfen.

Ich fürchte, dass mit solch einer Programmatik, die ja schon seit Jahren in Reale Politik umgesetzt wurde und wird, die Mästung der Linken ungebremst weitergehen, die SPD weiterhin Wahl um Wahl verlieren wird.

Danke für Eure Aufmerksamkeit